Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:
«Wie stärken wir Zusammenhalt und Solidarität im Kanton?

Der Abstimmungskampf und das Ergebnis der Referendumsabstimmung zum V. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz vom 18. Mai 2025 haben gezeigt, dass Zusammenhalt und Solidarität im Kanton gefährdet sind.

Zwar richteten sich die Abstimmungsparolen der Gegner hauptsächlich gegen die vermeintlich linksgrün gerichtete Politik der Kantonshauptstadt, im Kern stellte die Abstimmung aber die bis anhin gelebte Solidarität zwischen den Gemeinden und der Regionen in Frage. Es besteht die Gefahr, dass zukünftig eine Weiterentwicklung des Kantons nur noch beschränkt möglich ist, weil jede Region nur noch für sich schaut und Investitionen ausserhalb der eigenen Region keine Unterstützung mehr finden. Die Einheit unseres vielfältigen Kantons mit einer starken Hauptstadt und vielen kleinen Zentren hat Risse erhalten. Damit hat nicht nur die Zentrumsstadt verloren, sondern der ganze Kanton.

Unser Kanton ist vielfältig. Die Gemeinden und Städte stehen je nach Grösse und Lage vor unterschiedlichen Herausforderungen. Das zeigt sich auch in den jeweiligen Bedürfnissen der Bevölkerung der Stadt St.Gallen und der regionalen Zentren, welche sich von jenen der kleineren Gemeinden teilweise stark unterscheiden.

Regierung, Rat und alle konstruktiven Kräfte sind gefordert, rasch mit geeigneten Massnahmen zu reagieren, um den Zusammenhalt und das Wohlergeben des Kantons zu stärken.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung das Abstimmungsergebnis mit Blick auf Zusammenhalt, Solidarität und Entwicklung unseres Kantons?
2. Welche Massnahmen sieht die Regierung vor, um die Solidarität zwischen den Gemeinden und Regionen zu stärken, das gegenseitige Verständnis zwischen Stadt und Land zu fördern und einer Spaltung der Regionen und Städte entgegenzuwirken? Welche ersten Massnahmen können rasch umgesetzt werden?
3. Welche Massnahmen sieht die Regierung vor, damit die Vielfalt im Kanton gelebt und gefördert werden kann?
4. Wie kann es gelingen, die Rolle und Anerkennung der Hauptstadt als wirtschaftliches, kulturelles und gesellschaftliches Zentrum im Interesse des ganzen Kantons zu stärken?
5. Wie kann künftig der Bedeutung der regionalen Zentren angemessen Rechnung getragen werden?
6. Ist die Regierung bereit, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Städte und Zentren stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden und angemessen zu berücksichtigen?
7. Wie stellt die Regierung sicher, dass die verfassungsrechtlich garantierte Gemeindeautonomie der Gemeinden und Städte gewahrt bleibt?»

2. Juni 2025 SP-GRÜNE-GLP-Fraktion